

Medienmitteilung

Donnerstag, 26. Januar 2017

Brexit und wandelndes Umfeld bedingen konsequente Finanzplatzstrategie

Die Vereinigungen der Schweizerischen Privatbanken (VSPB) sowie der Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV) erläuterten an ihrem heutigen gemeinsamen Mediengespräch, wie sich der Schweizer Finanzplatz in einem immer dynamischeren Umfeld Seite an Seite mit allen wichtigen Akteuren von Behörden und Politik für die Zukunft rüsten soll. Denn die Herausforderungen für den exportorientierten Privatbankensektor sind zahlreich. Insbesondere gilt es, den veränderten internationalen Rahmenbedingungen im schweizerischen Gesetzgebungsprozess Rechnung zu tragen.

EU-UK-Abkommen als Vorbild für den Marktzugang Schweizer Banken?

Der VAV-Präsident, Boris Collardi, sieht die EU aufgrund der historischen Zäsur des Brexit vor tiefgreifenden Veränderungen. „Die zwingende Neuordnung innerhalb Europas wird auch unmittelbare Auswirkungen auf die Schweiz und ihren Finanzplatz haben“, betont er in seinem Referat einleitend. Wie der Brexit letztlich umgesetzt wird, ist noch offen. Klar ist einzig, dass die EU und Grossbritannien aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtung gezwungen sind, Lösungen zu finden. Dazu gehört auch die für die Banken essentielle Frage des Marktzugangs. „Eine Lösung für den Londoner Finanzplatz könnte sich mittelfristig für die Schweiz als positives Präjudiz für die Anliegen der exportorientierten Bankenbranche erweisen“, wie Collardi weiter ausführt.

Auch wenn es für die Schweiz nach dem Brexit-Entscheid schwierig ist, mit der EU Verhandlungsfortschritte zu erzielen, ist sie nicht zur Untätigkeit verurteilt. So gilt es, insbesondere die Politik der Äquivalenz mit der EU-Finanzmarktgesetzgebung voranzutreiben, damit den Banken der Marktzugang erleichtert wird. Ausserdem braucht es eine Lösung, um die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien vor einem rechtlichen Vakuum zu bewahren, sobald Grossbritannien aus der EU ausscheidet. Dabei sollte die Gelegenheit genutzt werden, die gegenseitigen Beziehungen zu intensivieren und fehlende Aspekte zu ergänzen, gerade auch in Bezug auf den Finanzbereich.

Angesichts der Unwägbarkeiten des Brexit ist die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft darauf angewiesen, ihre Rahmenbedingungen laufend und eigenständig zu optimieren. „Ich denke dabei an Freihandelsabkommen ausserhalb Europas, eine attraktive Steuerpolitik, das Eindämmen des hausgemachten Regulierungsdickichts, bilaterale Marktzugänge in Finanzfragen und zu guter Letzt die Abkehr von einer Nullfehlertoleranz in unternehmerischen Fragen“, wie Collardi abschliessend ausführt.

Konsequente und kohärente Strategie verfolgen

Aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen sieht Yves Mirabaud, Präsident der VSPB, den Schweizer Finanzplatz in der Pflicht, sich neu zu erfinden, ohne dabei an Stabilität, Offenheit und Exzellenz einzubüssen. Die grossen Akteure des Finanzplatzes Bundesrat, FINMA und Bankiervereinigung haben dies erkannt und klare Strategien erarbeitet, wie sich der Schweizer Finanzplatz für die Zukunft fit trimmen kann. Insbesondere die Stossrichtung der Finanzmarktstrategie des Bundesrats begrüsst Mirabaud dabei ausdrücklich. Nun gelte es, konkret zu werden und die Ziele umzusetzen.

Damit die Branche weiterhin erfolgreich wirtschaften kann, sind drei aktuelle Dossiers entscheidend. Dies ist zum einen die Unternehmenssteuerreform III: Eine Annahme ist Voraussetzung, dass die Schweiz weiterhin über ein attraktives und konkurrenzfähiges Steuersystem verfügt. „Falls die Schweiz diese Gelegenheit zur Reform der Unternehmenssteuer verpassen sollte, kämen die KMU am stärksten unter Druck: Einerseits, da ihr Steuersatz nicht sinken kann, vor allem aber da ihre wichtigsten Kunden nicht mehr da sein werden“, sagt Yves Mirabaud. Daneben müssen die Beziehungen zum wichtigsten schweizerischen Handelspartner, der EU, wieder auf ein solides Fundament gestellt werden: „Die Privatbanken sind noch mehr als andere auf ausländische Spezialisten angewiesen, da das inländische Rekrutierungspotenzial angesichts des Umfangs unseres Geschäfts bei weitem nicht ausreicht“, fügt er an. Drittens braucht es eine rasche Umsetzung von FIDLEG und FINIG, damit ein verbesserter und praxistauglicher Anlegerschutz geschaffen wird, alle Schweizer Finanzdienstleister ähnlich überwacht werden und ihnen der Marktzugang in die EU erleichtert wird.

Zum Schluss erinnert Yves Mirabaud in Bezug auf die Initiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“, an die Position der VSPB und der VAV, dass „die Bürger, denen das Bankkundengeheimnis gehört, darüber entscheiden sollen, ob der Status quo aufrecht erhalten werden soll oder ob die Banken inskünftig Auskünfte direkt den Steuerbehörden melden können.“

Rückfragen:

Jan Langlo, Direktor VSPB, langlo@abps.ch

Dr. Pascal Gentina, Geschäftsführer VAV, pascal.gentina@juliusbaer.com